

### Örtliche Familienpolitik - warum und wie?

Schultz, Annett; Strohmeier, Klaus Peter; Wunderlich, Holger

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schultz, A., Strohmeier, K. P., & Wunderlich, H. (2009). Örtliche Familienpolitik - warum und wie? *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 2(1), 185-206. <https://doi.org/10.3224/dms.v2i1.10>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Annett Schultz/Klaus Peter Strohmeier/Holger Wunderlich

# Örtliche Familienpolitik – warum und wie?

### Zusammenfassung

In Deutschland hat der Geburtenrückgang der 1960er und 1970er Jahre erst Ende des letzten Jahrzehnts der staatlichen Familienpolitik Prominenz und neuen Schub gegeben. Familienpolitik in Deutschland am Anfang des 21. Jahrhunderts versteht sich als Bevölkerungspolitik, die bezweckt, mit verbesserter Vereinbarkeit von Beruf und Familie das Ausmaß an Kinderlosigkeit zu senken und die Geburtenzahlen zu heben. Diese Ausrichtung orientiert sich an den Bedarfen von Mittelschichtfamilien, und sie fokussiert quantitative Aspekte der Leistung von Familien für die Gesellschaft. Tatsächlich gibt es in den Städten und Gemeinden aber eine Vielfalt von Lebenslagen der Familien mit unterschiedlichen Gefährdungen von Qualitäten der Entwicklung von Kindern, die nach differenzierten und integrativen örtlichen Politikansätzen unter Einbeziehung der Wirtschaft und zivilgesellschaftlicher Akteure verlangt. Örtliche Familienpolitik ist Investition in die nachwachsende Generation. Um passgenaue Lösungen für unterschiedliche Problemlagen entwickeln zu können, braucht es gute Informationsgrundlagen, die eine kommunale Familienberichterstattung schafft. Es braucht Zuständigkeiten für Familie in den Kommunen und die Beteiligung der Familien „vor Ort“. Wirksame örtliche Familienpolitik integriert Aktivitäten unterschiedlicher individueller und korporativer Akteure, die geeignet sind, die Leistungen der Familien umfassend zu unterstützen. „Mehr Kinder“ ist nicht genug.

**Schlagworte:** Demografie, Familie, Familienpolitik, Kommune, Interventionsformen

### Abstract

*Local family policy – why and how?*

The declining birth rates of the 1960s and 1970s have (only in the late 1990s) given new impetus to national family policies. At the beginning of the 21st century Family policy in Germany is factually population policy which, by means of improving the combination of job life and family life, is attempting to reduce the amount of childlessness and to increase fertility. This orientation follows the needs of middle-class families, and focuses on the quantitative aspects of family functioning in society. In fact, however, within each individual city, there is a multitude of conditions of family life, each involving different risks for the quality of child development, demanding differential, integrative local family policies, also involving the economy and civil society. Local family policy is an investment into coming generations. Family policy has to be well informed (through local family reports) to develop adequate solutions to different problems, responsibilities for family affairs on the local level must be integrated, and families must have a chance to participate. Effective local family policy has to integrate the actions of individual and corporate actors, which support families functioning in a comprehensive way. „More children“ is not enough.

**Key words:** demography, family, family policy, local authority, intervention

## 1. Einleitung

Der „demographische Wandel“ hat der Familienpolitik, die bis in die 1990er Jahre ein eher nachrangiger Politikbereich gewesen ist, neuen Schub gegeben. Mit einer Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll staatliche Familienpolitik in Zeiten niedriger Geburtenzahlen und wachsender Kinderlosigkeit (vor allem in den gebildeten Mittelschichten) die Familie mit Kindern wieder zu einer (auch für nachwachsende Generationen prospektiver Eltern) attraktiven Option einer mittlerweile individualisierten Lebensführung machen. Das erhoffte Ergebnis sind steigende Geburtenzahlen. Aktuell gibt es in Deutschland eine breite Diskussion der Themen Familien- und Kinderfreundlichkeit auf allen Politikebenen. Die „Schrumpfende Gesellschaft“ (Kaufmann 2005) und schrumpfende Städte und Gemeinden haben dafür gesorgt, dass die generativen Funktionen des seit den 1960er Jahren arg geschrumpften Familiensektors auch auf örtlicher Ebene eine größere Aufmerksamkeit erfahren. Die Frage ist heute, wie förderliche Lebensbedingungen für Familien aussehen müssen, damit diese ihre Leistung der „Nachwuchssicherung“ für die Gesellschaft auch weiterhin erbringen können. Dabei bleiben die Debatten freilich überwiegend an den quantitativen Aspekten dieses Problems hängen. Moderne Familienpolitik versteht sich erstmals seit 1945 als „Bevölkerungspolitik“. Der für die Zukunft einer Gesellschaft zentrale Aspekt der „qualitativen Nachwuchssicherung“ (Kaufmann), also die Frage nach den elementaren sozialen Kompetenzen und Motiven, über die die nachwachsende Generation verfügen muss, um diese Gesellschaft fortzusetzen, wird bisher nur am Rande thematisiert. Bereits der fünfte Familienbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 1994) hat im Bericht der Sachverständigenkommission dieses Problem der Gefährdung des gesellschaftlichen „Humanvermögens“ thematisiert, ohne dass dies Folgen gehabt hätte.

Demographische Prozesse sind das Ergebnis höchst privater Entscheidungen, für die sehr persönliche Gründe maßgeblich sind, die Menschen dazu bewegen, ihr Leben so und nicht anders zu führen. Die Möglichkeiten der Beeinflussbarkeit individualisierter biographischer Entscheidungen, die den Hintergrund demographischer und familialer Prozesse bilden, werden in der Politik in der Regel überschätzt, da auf allen Politikebenen noch unzureichend wahrgenommen wird, dass die aktuellen demographischen Verhältnisse das Ergebnis eines nachhaltigen Wandels familiärer Werte und privater Lebensformen sowie kaum umkehrbarer gesellschaftlicher Veränderungen sind. Mittlerweile gibt es gesellschaftliche Milieus, in denen Kinderlosigkeit die „normale“ Option der Lebensführung ist und in denen die Entscheidung für Kinder besonderer Begründung bedarf. Verbesserte Kinderbetreuung allein wird hier keine Verhaltensänderung bewirken.

Was sich mit Mitteln der Familienpolitik (über eine Definition wird noch zu reden sein) erreichen lässt, ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Familien, in denen heute Kinder aufwachsen. Der fünfte Familienbericht (BMFSFJ 1994) beklagte die „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber der Familie. In modernen, differenzierten Gesellschaften werden wir alle gleichbehandelt, nämlich als kinder- und anhanglose Individuen. Eltern heute erfahren solche Rücksichtslosigkeiten am Arbeitsplatz (z.B. in Gestalt schlechter Vereinbarkeit von Familie und Beruf) und dort, wo sie leben (z.B. in Gestalt wenig kindgerechter Wohnumfeldbedingungen).

Die Sachverständigenkommission hat 1994 noch formuliert, dass es der Familie schlecht ginge, aber dass es schwer sei, ihr zu helfen. Tatsächlich geht es heute nach mehr

als drei Jahrzehnten mit niedrigen Geburtenzahlen und einer allmählich stattgefundenen „Unterschichtung“ der Lebensformen mit Kindern bei der Begründung für Familienpolitik nicht um Hilfe und Nächstenliebe, sondern wir reden über notwendige gesellschaftliche Investitionen. Kinder sind „öffentliche Güter“, die in der Vergangenheit gewissermaßen „umsonst und zuhause“ bereitgestellt wurden. In Zeiten, in denen eine Elterngeneration durch ihre Kinder nur zu etwa zwei Dritteln ersetzt wird, und in denen wachsende Teile des Nachwuchses in benachteiligten und benachteiligenden Lebenslagen aufwachsen, gewinnen die elementaren sozialen Kompetenzen und Motive, die in Familien gebildet werden, das Humanvermögen (Gesundheit, Solidarität, Empathie, Partizipationsbereitschaft, Bildungsfähigkeit) an Bedeutung, denn sie sind die Voraussetzung jeder darauf aufbauenden Bildung von Humankapital (berufsverwertbarer Fähigkeiten). Je knapper der Nachwuchs wird, umso weniger kann sich eine Gesellschaft die soziale Vererbung eingeschränkter Lebenschancen leisten.

## 2. Was ist und wie wirkt Familienpolitik?

Eine Definition der Familienpolitik kann ihren Ausgangspunkt entweder von den expliziten Absichten des Gesetzgebers (der z.B. die Lebenslage der Familien oder ihre Leistungen in einer bestimmten Weise beeinflussen will) oder von den faktischen Wirkungen der Politik nehmen. Im ersten Fall ist Familienpolitik einfach gesagt das, was die Familienministerin tut. Im zweiten Fall würde jede Politik, die faktisch Einfluss auf die Lebenslage oder die Leistungen von Familien nimmt oder die den Familienalltag beeinflusst, als „implizite“ Familienpolitik gelten. Die engere Definition expliziter Familienpolitik geht also von den Intentionen und institutionellen Zuständigkeiten der Politiker aus, die mit Familienpolitik die Beeinflussung der Lebenslage von Familien, ihrer Lebensformen, des Lebensalltags und der Leistungen der Familien anstreben, wobei die Frage der faktischen Wirkungen zunächst offen bleibt. Die zweite, vom Ergebnis her argumentierende „wirkungsanalytische“ Begriffsbestimmung ist umfassender und komplexer und verlangt nach empirischer Forschung.

In Europa gibt es eine explizite Familienpolitik nur in Deutschland, Österreich und in Frankreich. Während die Ziele der französischen Familienpolitik eindeutig bevölkerungspolitischer Natur sind, formuliert das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (in Art. 6 GG) sie betont allgemein. In Bezug auf eine bevölkerungspolitische Begründung staatlicher Familienpolitik hat es in Deutschland nach 1945 lange Zeit große Zurückhaltung gegeben, und erst neuerdings werden mögliche Effekte familienfördernder Politik auf die Geburtenhäufigkeit als explizite Begründung familienpolitischer Intervention genannt. Im aktuell erschienenen Familienreport des Familienministeriums wird direkt auf die Geburten fördernden Effekte aktueller familienpolitischer Maßnahmen, des Elterngelds oder des bedarfsgerechten Ausbaus der Kinderbetreuung, hingewiesen (vgl. *BMFSFJ* 2009). Familienpolitik des Bundes am Beginn des 21. Jahrhunderts ist pronatalistische Bevölkerungspolitik.

Die nationalen „Familienpolitikprofile“ der europäischen Staaten unterscheiden sich vor allem in den finanziellen Transfers zugunsten der Familien und in der Unterstützung der Erwerbstätigkeit der Mütter (vgl. zuerst *Gauthier* 1996). Die unterschiedlichen nationalen Politikprofile in Europa stellen nichts anderes dar, als in Institutionen und Gesetze geronnene ländertypische Leitbilder und kulturelle Orientierungsmuster eines „normalen“

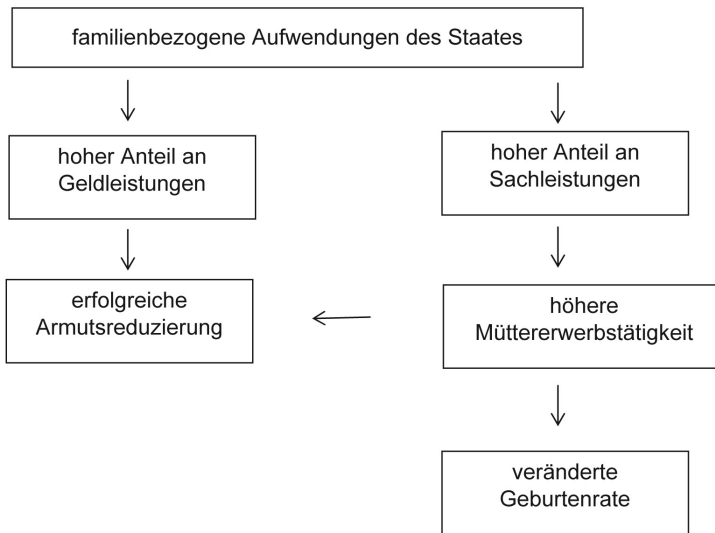
Familienlebens (dazu *Fux* 2002). Während das Politikprofil in den skandinavischen Ländern oder in Frankreich weitgehend problemlose Vereinbarkeit von Beruf und Familien verspricht, legt das „germanische“ (*Gauthier*) Profil der alten Bundesrepublik eine traditionelle Lebensführung nahe (*Huinink* 1997). Politikprofile formulieren gesellschaftliche Vorstellungen eines normalen Familienlebens. An diesen Leitbildern sowie den mit ihnen verbundenen typischen Gelegenheiten und Beschränkungen orientieren sich die biographischen Entscheidungen, die junge Menschen heute im Rahmen einer überall „individualisierten“ Lebensführung treffen. Der europäische Vergleich zeigt, dass eine (von den Wirkungen her gesehen) „moderne“ Familienpolitik, die besonders die Erwerbsbeteiligung beider Eltern ermöglicht, mit relativ hohen Geburtenzahlen einhergeht (vgl. *Strohmeier* 2002).

Charakteristisch für die Familienentwicklung in Deutschland und faktisch eine Erklärung für den Geburtenrückgang seit Mitte der 1960er Jahre ist ein zunehmendes Auseinanderfallen dieser institutionalisierten und in Gesetzen verankerten traditionellen Leitbilder eines „normalen“ Familienlebens und der zunehmend modernen Orientierungsmuster in den nachwachsenden (potentiellen) Elterngenerationen. Die einseitige Bevorzugung des Ernährermodells durch die deutsche Familienpolitik – trotz Bildungsexpansion, von der vor allem Frauen profitiert haben – hat den Geburtenrückgang mit erzeugt. Das Ernährermodell, das eine „traditionelle“ Ausrichtung auf Ehe und Kinder fördert und eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit – zumeist der Mütter – zumindest während der Kindererziehungszeiten sowie die Versorgung über einen Haupternährer in der Familie fordert, hatte in den letzten Jahrzehnten (insbesondere bei jungen Frauen) zunehmend an Akzeptanz verloren (vgl. zusammenfassend u.a. *Krüger* 2006). Der aktuell zu beobachtende Politikwechsel weg vom Ernährermodell, hin zu flexibleren und partnerschaftlicheren Modellen, wie wir sie etwa in den Niederlanden oder in Skandinavien beobachten, bedeutet eine späte Anpassung der institutionalisierten Leitbilder und Gesetze (Makroebene) an veränderte Lebensziele und kulturelle Orientierungsmuster in den relevanten Altersgruppen (Mikroebene).

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich gegenwärtig in der Familienpolitik auf allen Politikebenen ein neuer parteiübergreifender politischer Konsens für den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und vor allem für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ab. Unterstützung der Müttererwerbstätigkeit wird in diesem Zusammenhang auch als neuer „Königsweg“ zur Bekämpfung von Familienarmut betrachtet (vgl. Abbildung 1).

In diesem Wirkungsmodell werden komplexe Prozesse, die mehrere Ebenen involvieren, stark vereinfacht. Eine Rekonstruktion der Wirkungen (und der Wirkungsweise) familienpolitischer Intervention muss den Mehrebenencharakter ihres Wirkungsfeldes berücksichtigen (vgl. Abbildung 2). Denn gleichgültig, welche Gestaltungsabsichten die Familienpolitik mit Blick auf das Familienleben und die Leistungen der Familie verfolgt, es bedarf immer der Inanspruchnahme familienunterstützender Leistungen durch die Familien und der Umsetzung der durch sie bereitgestellten Ressourcen im Alltag der Familie, damit es zu den von der Politik intendierten, möglicherweise aber auch zu anderen, ungeplanten „Effekten“ kommt.

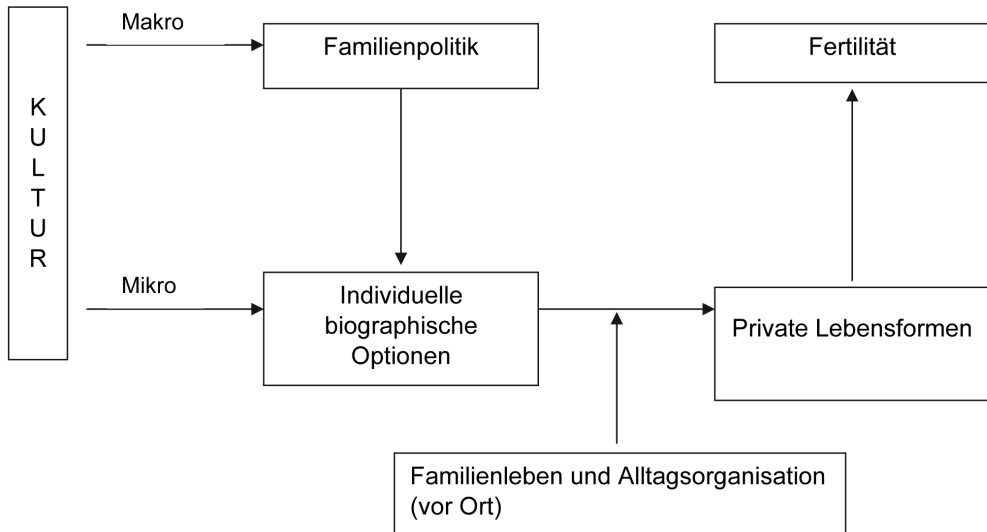
Abbildung 1: Wirkungsschema familienbezogener Aufwendungen des Staates aus der Sicht des zuständigen Bundesministeriums



Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009): Familienreport 2009. Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin. S. 9.

Familienpolitik gestaltet die Entscheidungsumwelt biografischer familienbezogener Entscheidungen von Menschen in unterschiedlichen Lebensaltern. Sie setzt „Parameter“, die die Akteure in einer „entfalteten Sozialpolitik“ (Achingner 1958) als stabil und quasi unveränderlich wahrnehmen und ihren Entscheidungen, die stets langfristige Bindungen einschließen, zu Grunde legen. Bertram verweist daher zu Recht darauf, dass Familienpolitik „auch die Lebenszeit als ein wesentliches Gestaltungselement von aktiver und nachhaltiger Familienpolitik“ (Bertram 2009, S. 129) begreifen muss. Während das „amtliche“ Wirkungsmodell in Abbildung 1 direkte kausale Abhängigkeiten von familienpolitischen Leistungen und Geburtenzahlen behauptet, gehen wir davon aus, dass solche „Effekte“ als makrostrukturelle Wirkungen der Familienpolitik nur in indirekter Weise – gebrochen durch individuelle Entscheidungen von Frauen und Männern und als deren im Prinzip nicht planbares kollektives Ergebnis – hergestellt werden. Der hohe Anteil lebenslang kinderlos bleibender hochqualifizierter Frauen in Deutschland ist ein ungeplanter „Effekt“ einer Optionen erweiternden Bildungspolitik und einer sie gleichzeitig einschränkenden traditionellen Familienpolitik. In jedem Fall sind einfache und kurze Wirkungsketten eher unwahrscheinlich. Das Modell in Abbildung 2 verzichtet deshalb auf eine kausale Verknüpfung von staatlicher Familienpolitik und Geburtenhäufigkeit (Fertilität).

Abbildung 2: Mehrebenenmodell der Wirkungsweise familienbezogener Aufwendungen



Der Natur der tatsächlich bestehenden Beziehungen angemessen ist ein Mehrebenenmodell, in dem makrosoziale, ökonomische oder politische Strukturveränderungen „oben“ auf die Entwicklung und den Alltag von Familien als Akteuren „unten“ nicht direkt, sondern vermittelt über die Veränderung des Entscheidungsumfelds der Akteure wirken. Sie verändern die Rahmenbedingungen autonomer und für sich rationaler Entscheidungen, die individuelle Akteure für ihr Leben treffen. Eine Geburtenrate ist nichts anderes als das ungeplante, aggregierte Ergebnis dieser Entscheidungen. Staatliche Familienpolitik (auf der Makroebene) macht unterschiedliche biografische Optionen unterschiedlich attraktiv für individuelle Akteure. Das „Gelingen“ solcher Entscheidungen (z.B. mehrere Kinder zu haben und erwerbstätig zu bleiben) hängt jedoch entscheidend von den örtlichen Bedingungen des Familienlebens und der Alltagsorganisation ab.

Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen (Makro-, Mikroebene) handeln jeweils in ihrer eigenen Handlungslogik und entlang eigener Zeitskalen. Niemand bekommt ein Kind, weil es als Beitragszahler für die Rente gebraucht wird oder weil es dafür mehr Kindergeld oder Elterngeld geben wird. Auf der Mikroebene geht es um biografische Entscheidungen mit lebenslanger Bindungswirkung, die vor dem Hintergrund der gegebenen Gelegenheiten und Beschränkungen im Lebensumfeld der Menschen getroffen werden.

Auf den „oberen Etagen“ eines Mehrebenensystems reagieren (korporative) Akteure auf Veränderungen „unten“ häufig spät oder überhaupt nicht. Nur so wird es erklärlich, dass die Familien- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik erst Ende der 1990er Jahre – in einer Zeit, in der Nicht-Handeln hätte Wahl entscheidend werden können – in später Beunruhigung den bereits 25 Jahre zuvor abgeschlossenen Geburtenrückgang zur Kenntnis genommen hat.

Die Gestaltung des Entscheidungsumfeldes autonomer Akteure mit dem Ziel der Steigerung der Attraktivität der bislang als eher belastet wahrgenommenen Option „Familie“ erscheint als die aussichtsreichste Strategie, um die von der Politik beabsichtigten

Wirkungen zu erreichen. Allerdings zeigt der internationale Vergleich (etwa das Beispiel der Niederlande in den 1990er Jahren, vgl. *Strohmeier* 2002), dass man dafür einen langen Atem braucht, der die Zeit einer Legislaturperiode deutlich übersteigen wird. Instrumente einer auf die Verbesserung der Lebenslage der Familien abzielenden örtlichen Familienpolitik wären nach diesem Modell vermutlich die „bevölkerungspolitisch“ (langfristig) wirksamsten, weil zwischen Angebot, Nachfrage und „Wirkung“ die kürzesten Wirkungsketten liegen.

Im Rahmen einer Studie für das nordrheinwestfälische Familienministerium im Jahr 2005 (vgl. *MGSFF* 2005, S.85f.) haben wir eine Reihe ausgewiesener Expertinnen und Experten der deutschen Familienforschung danach gefragt, was sie als Ziele bzw. Aufgaben einer effektiven Familienpolitik in Deutschland ansehen. Die meisten der im Folgenden genannten Ziele wären Aufgaben der örtlichen Ebene:

- Familienpolitik soll die Teilhabechancen aller Familienmitglieder stärken anstatt bestehende Benachteiligungen, insbesondere von Frauen, zu verfestigen.
- Familienpolitik soll Eigenarten der Lebensformen, z.B. bei Alleinerziehenden oder kinderreichen Familien, aber auch Besonderheiten der Lebensführung, z.B. bei Migranten, berücksichtigen und zugleich den sozialräumlichen Kontext des Familienlebens gestalten.
- Ökologische Interventionsformen (das sind Dienstleistungen vor Ort) sollen gegenüber ökonomischen (direkten und indirekten materiellen Transfers) deutlich an Gewicht gewinnen. Das bedeutet einen Perspektivenwechsel, denn bislang haben ökonomische Interventionen in der deutschen Familienpolitik dominiert. Damit wird zugleich eine Perspektiverweiterung gefordert, denn auch Pflege und Unterstützung älterer Menschen ist Familienarbeit.
- Dem strukturellen Armutsrisiko der Familien in Deutschland muss deutlich entgegengewirkt werden. Hierfür braucht es auch künftig ökonomische Interventionen, die aber nicht wie bislang einseitige geschlechtsbezogene Anreize setzen sollten (wie derzeit das Ehegattensplitting).
- Die Orientierung von Familienpolitik an quantitativen demographischen Zielen soll einer stärker an der qualitativen Nachwuchssicherung und der Qualität der Familienbeziehungen orientierten Familienpolitik weichen. Hierzu zählen auch die öffentliche Thematisierung von Partnerschafts- und Eheproblemen, familialer Gewalt oder Erziehungsproblemen und der Aufbau von diesbezüglichen Unterstützungssystemen.
- Die in Deutschland immer noch starke Bindung zwischen sozialer Herkunft und Lebens- und Bildungschancen muss gelockert werden. Dies soll vornehmlich durch eine stärkere Förderung der Kinder im vorschulischen und schulischen Bereich geschehen, die aber die Eltern und die spezifischen Lebenskontexte der Kinder einbeziehen muss.
- Familienpolitik soll Unterstützung bieten, die Familien vom alltäglichen Erziehungsdruck, den sozial bedingten Überlastungsrisiken und von Alltags- und Zeitstress entlastet.

Diese Ziele bzw. die damit angesprochenen Zuständigkeiten ressortieren nicht alle unter „Familienpolitik“. Im wirkungsanalytischen Politikverständnis ist Familienpolitik Querschnittspolitik, die Bildungspolitik und andere Bereiche der Sozialpolitik als Investitionen in eine überlastete Lebensform, die gesellschaftlich unverzichtbare Leistungen erbringt, mit umfasst.



### 3. Herausforderungen örtlicher Familienpolitik

Worin bestehen die spezifischen Aufgaben der örtlichen Ebene? Mit dem Attribut „örtlich“ beziehungsweise „lokal“ wollen wir ausdrücken, dass nicht allein die politische Gemeinde zuständig ist, sondern dass örtliche Familienpolitik auch andere Akteure der Ortsgesellschaft, zum Beispiel Unternehmen, Kirchen, Vereine und Verbände, betrifft.

Der Bielefelder Soziologe *Franz-Xaver Kaufmann* (2007) hat vor etwas mehr als einem Jahrzehnt fünf „Herausforderungen“ des Sozialstaats beschrieben: Er unterscheidet eine ökonomische (1), eine demographische (2), eine soziale (3), eine kulturelle (4) und eine internationale (5) Herausforderung der deutschen Sozialpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts (*Kaufmann* 1997). Die Krise der öffentlichen Finanzen (1), der Geburtenrückgang und die Alterung der Bevölkerung (2), als „krisenhaft“ empfundene Entwicklungen im Verhältnis der Generationen und in der Familie (3), das Schwinden sozialer und politischer Partizipation (4), die Probleme einer geregelten Zuwanderung und der Integration von Einwanderern (5) sind auch die Herausforderungen und zentralen Themen der örtlichen Politik:

1. Die *ökonomische* Herausforderung der Kommunen benennt die Restriktionen, die den Städten und Gemeinden die Bewältigung der anderen vier Herausforderungen nicht leicht machen. Sie besteht in der Krise der öffentlichen Finanzen und in der zunehmenden Belastung der Kommunen durch Problemverschiebungen von der Bund-Länder-Ebene.
2. Die *demographische* Herausforderung beschreibt die schnellen Veränderungen von Humanpotenzialen infolge des Geburtenrückgangs und der Alterung der Bevölkerung sowie der Verschiebungen im Generationenverhältnis, die auf der örtlichen Ebene auch die informellen Solidarpotenziale verändern. So führt die demographische Entwicklung in den Gemeinden zu einer absehbaren Überlastung der so genannten „mittleren Generation“ in den Familien, auf deren unentgeltliche Dienste sich die kommunale Sozialpolitik bislang selbstverständlich verlassen hat.
3. Die *soziale* Herausforderung der Städte und Gemeinden besteht zum einen im Wandel der traditionellen Lebensformen, in erster Linie der Familie und der Nachbarschaft. Zum anderen im Schwinden sozialer Solidarität und Integration unter Bedingungen einer zunehmenden Familienarmut, die die Entwicklungschancen und Lebensperspektiven der nachwachsenden Generation negativ beeinflussen. Das betrifft vor allem die unteren Sozialschichten, in denen Familien- und Nachbarschaftsnetzwerke mit wachsender Perspektivlosigkeit und sozialer Exklusion immer mehr ausdünnen.
4. Die *kulturelle* Herausforderung der Städte liegt im Schwinden sozialer Integration und lokaler Identifikation der Bürger in der Ortsgesellschaft. Sie zeigt sich u.a. im Rückgang lokalpolitischer und sozialer Partizipation und verbreitetem Gestaltungspessimismus. In den Armutsvierteln der Städte und in den Stadtteilen mit den höchsten Migrantenanteilen sind in der Kommunalpolitik faktisch nicht mehr repräsentierte „demokratiefreie Zonen“ entstanden, in denen nur eine Minorität von einem Zehntel der erwachsenen Bevölkerung am politischen Leben partizipiert.
5. Die *internationale* Herausforderung schließlich stellt die Aufgabe der Integration einer wachsenden Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund unter Bedingungen zunehmender kleinräumiger Segregation nach Nationalitäten, Lebenslagen und -formen.

Diese fünf Herausforderungen der örtlichen Sozial- und Familienpolitik sind in hohem Maße interdependent. In den Städten und Gemeinden wird diese Interdependenz sichtbar in der Segregation der Wohnbevölkerung mit einer Tendenz zur Entstehung verfestigter mehrdimensionaler Problemlagen in besonders benachteiligten Stadtteilen, die es in praktisch jeder Stadt bzw. Gemeinde gibt.

Eine nachhaltige Familienpolitik in den Städten (und Gemeinden) wird sich deshalb nicht mit der Sicherung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie begnügen können, wie sie derzeit auf der Bundesebene als Mittel der Wahl propagiert wird, sie wird immer auch Migrations- und Integrationspolitik und zugleich eine Politik zur Bekämpfung der (Familien-)Armut sowie zum Ausgleich der Folgen und der Vererbung von Armut sein müssen. In den Städten des Ruhrgebiets beispielsweise besteht, wie in anderen großen deutschen Städten, eine besonders große Nachfrage nach familienpolitischen Leistungen und Diensten zur Bekämpfung der Bedingungen, Folgen und der Vererbung von Armut sowie zur Sicherung von Zukunftschancen von Kindern insbesondere aus ärmeren Familien.

Vor diesem Hintergrund greifen die aktuellen familienpolitischen Debatten mit der Absicht, den Trend sinkender Geburtenzahlen (vor allem der mittleren und oberen Schichten) umzukehren, zu kurz. Heute konzentriert sich der Blick deutlich auf die Probleme der Mittelschichtfamilien: Elterngeld und „Vätermonate“ mögen für die (deutschen) Mittelschichten zwar Anreize zur Überwindung der hohen Schwelle zum ersten Kind sein. Im Armutsmilieu der sozialen Unterschichten oder in Migrantenfamilien hingegen sind nicht zu wenige Kinder das Problem, sondern die Bedingungen, unter denen die (häufig vielen) Kinder dort aufwachsen sowie ihre schlechten Zukunftsperspektiven. Dazu zählen zum Beispiel Bildungsarmut und schlechte Gesundheit (vgl. *Strohmeier/Amonn/Kersting* 2008, *Terpoorten* 2007).

Für die Eltern in den Vierteln der sozialen „Unterschichten“ ist – anders als in der „Mittelschicht“ – nicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Engpass ihres Familienalltags, vielmehr fehlt es hier oft an Arbeitsplätzen und/oder an der nötigen Qualifikation.

#### 4. Warum örtliche Familienpolitik?

Die Struktur der Familien und ihr Alltag werden nicht nur durch die „opportunities“ (z.B. Kinderbetreuungsangebote) und „constraints“ (z.B. schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf) beeinflusst, denen die Akteure in ihrem Entscheidungsumfeld und in ihrer Lebenslage (z.B. in Gestalt fehlender ökonomischer Ressourcen) unterliegen. Von erheblicher Bedeutung, die freilich noch nicht gut erforscht ist, sind auch kulturelle Orientierungen und die Einbindung der Akteure in soziale Milieus und Netzwerkbeziehungen „vor Ort“. Wir beobachten orts- und milieuspezifische kulturelle Selbstverständlichkeiten bzw. fraglos geteilte kollektive kulturelle Orientierungen zur Lebensgestaltung und zur Arbeitsteilung von Männern und Frauen. In einem Städtevergleich der Familienformen in Abhängigkeit vom Bildungsniveau zeigt *Strohmeier* (2007), dass in der wohlhabenden Stadt Neuss im „Speckgürtel“ von Düsseldorf die meisten hoch gebildeten Eltern in „double career“-Familien leben, während in der Ruhrgebietstadt Gelsenkirchen die Mehrheit der Eltern mit dem höchsten Bildungsniveau in Hausfrauenfamilien lebt, in denen nur ein Elternteil, in der Regel der Vater, erwerbstätig ist. Dabei ist die Kinderbetreuung in Gelsenkirchen nicht schlechter als in Neuss. Gleichzeitig wird gezeigt, dass in Gelsenkirchen die meisten allein erziehenden Mütter gering qualifiziert und nicht er-

werbstätigt sind, während im bürgerlichen Neuss die Mehrheit der Alleinerziehenden erwerbstätig ist und besser gebildet ist als in der Ruhrgebietstadt. Neben kulturellen Milieus gibt es also auch Effekte der Sozialstruktur und des Arbeitsmarktes.

Lebensentscheidungen hängen also von den örtlichen Lebensbedingungen ab, in denen Familien leben und Kinder aufwachsen. Eine von den Wirkungen her gesehene örtliche Familienpolitik sollte sich deshalb vorrangig auf das teils räumlich eher überschaubare Gebiet der Bedingungen der Alltagsorganisation der Familien beziehen. Andererseits sind biografische Optionen auch kulturell geformt. Ein Politikwechsel wie er sich gegenwärtig abzeichnet und wie ihn die Niederlande Anfang der 1990er Jahre erlebt haben (*Strohmeier 2002, Kuijsten/Schulze 1997*), muss mit einer längeren Periode der Transformation recht nachhaltiger traditioneller Orientierungen rechnen.

Der „demographische Wandel“, Geburtenrückgang, Alterung und strukturelle Veränderungen des Familiensektors einschließlich der kulturellen Wandlungen sozialer Milieus haben in den Städten und in ihrem Umland sehr unterschiedliche Verläufe genommen. In den Städten im Ballungskern und in den Gemeinden am Ballungsrand gibt es heute verschiedene Bevölkerungs- und Familienstrukturen und Familienwelten mit unterschiedlichen familienpolitischen Bedarfen und Problemlagen (vgl. *Strohmeier/Schultz/Wunderlich 2009*). Dabei sind in den meisten deutschen Großstädten in den letzten Jahrzehnten vergleichbare Entwicklungen zu beobachten: Die Bevölkerung innerhalb der Stadtgrenzen ist geschrumpft, gleichzeitig sind die Städte über ihre Grenzen hinaus ins Umland gewachsen. In diesem Prozess der „Suburbanisierung“ haben vor allem die Familien der Mittelschicht auf der Suche nach einem „grünen“ Wohnumfeld die Ballungsräume verlassen und sich am Ballungsrand und im Umland angesiedelt. Die suburbanen Randlagen der Großstädte sowie die Umlandgemeinden sind zur „Familienzone“ der bürgerlichen deutschen Mittelschichtfamilien geworden. Im Ballungsraum hingegen sind die Anteile der Familien an den Haushalten und der Kinder und Jugendlichen in der Bevölkerung geschrumpft. So machen Haushalte mit minderjährigen Kindern heute bundesweit in den meisten Großstädten nur noch Anteile von ca. einem Fünftel der Haushalte aus. Von diesen wenigen Familienhaushalten aber ist ein großer Teil sozial und ökonomisch benachteiligt: Es sind häufig die von Armut und Arbeitslosigkeit bedrohten oder betroffenen Familien, die im Ballungsraum zurückbleiben, darunter vor allem Familien mit Migrationshintergrund sowie Alleinerziehende (vgl. *Strohmeier/Schultz/Wunderlich 2009*). Solche unterschiedlichen Familienmilieus werden durch innerstädtische Segregationsprozesse, die ursprünglich durch den Wohnungsmarkt bedingt sind, aber durch die Wohnungspolitik der vergangenen Jahrzehnte noch verstärkt werden (vgl. *Strohmeier/Alic 2006*), auch (klein-)räumig abgebildet. Arme und wohlhabende Familien in der Stadt sind typischerweise jeweils Nachbarn von Ihregleichen.

Die Kenntnis darüber, welche Familien mit welchen Bedarfen in welchen Kommunen und welchem Stadtteilen leben, ist daher eine wichtige Voraussetzung für die Gestaltung einer passgenauen örtlichen Familienpolitik, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien anstrebt. Aber zwischen dem, was Familien für eine bessere Organisierbarkeit des Alltags brauchen, und dem, was ihnen durch örtliche Familienpolitik angeboten bzw. zugebilligt wird, gibt es in der Regel nur wenig Abstimmung.

Unter der Bedingung knapper kommunaler Finanzen („ökonomische Herausforderung“) bedarf es zudem möglichst guter Informationen über die innerstädtischen Disparitäten des Familienlebens (Familienformen, Lebenslagen, Familienalltag, Bedarfe bezüglich familienfreundlicher Rahmenbedingungen), um knappe Mittel effizient und effektiv

einsetzen zu können. Eine Lösung des Informationsproblems bietet kommunale Familienberichterstattung als dauerhaftes Diagnoseinstrument, das zugleich eine Evaluation familienpolitischen Handelns und (weil öffentlich!) die Legitimation politischer Entscheidungen erleichtert. Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht darin, Familienpolitik „vor Ort“ nachhaltig auszurichten.

## 5. Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Familienpolitik

Noch vor einem Jahrzehnt hätten sich die meisten Bürgermeister in Deutschland nicht als „Familienpolitiker“ verstanden. Erst in dem Maße, in dem der demographische Wandel auf die kommunalpolitische Agenda gelangt ist, hat eine allmähliche Neuorientierung stattgefunden. Wichtige Rahmenbedingungen kommunaler Familienpolitik sind rechtlich festgelegt. In der Unterscheidung zu örtlicher Familienpolitik sprechen wir bei kommunaler Familienpolitik von familienpolitischen Aktivitäten der Kommune bzw. der kommunalen Verwaltung. Der gesetzliche Rahmen für kommunale Familienpolitik ist durch Regelungen auf Bundes- und Landesebene relativ eng gesteckt. Allgemein wird bei den Aufgaben der kommunalen Sozial- und Familienpolitik zwischen Aufgaben im übertragenen und im eigenen Wirkungsbereich der Städte und Kreise unterschieden (Tabelle 1).

Der Bereich der Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich besteht aus Auftragsangelegenheiten, zu denen die Kommunen gesetzlich verpflichtet sind und bei denen die Bundesebene ein unbeschränktes Weisungsrecht hinsichtlich der Durchführung besitzt (hier hat die Bundesebene die Rechts- und Fachaufsicht). Zudem gibt es Pflichtaufgaben, zu deren Wahrnehmung die Kommunen gesetzlich verpflichtet sind und auf deren Durchführung der Staat in einem gesetzlich vorgesehenen Rahmen Einfluss nehmen kann (hier besitzt der Staat ein Sonderaufsichtsrecht).

Die Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich der Kommunen und Kreise werden differenziert in pflichtige und freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheiten. Bei beiden Wirkungsbereichen hat der Staat nur die Rechtsaufsicht. Im Gegensatz zu den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, zu denen die Kommune gesetzlich verpflichtet ist, deren konkrete Durchführung aber in ihrem Ermessen liegt, handelt es sich bei den freien Selbstverwaltungsaufgaben um Aufgaben, bei denen nicht nur die Art der Durchführung im Ermessen der Kommune liegt, sondern auch die Frage, ob sie überhaupt durchgeführt werden (vgl. *Naßmacher/Naßmacher 2007*).

*Tabelle 1:* Aufgaben der Kommunen mit Familienbezug

Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich		Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich	
Auftragsangelegenheiten	Pflichtaufgaben	Pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheiten;	Freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheiten;
– Bauaufsicht	– Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter	– Kinderbetreuungsangebote	– Förderung familiengerechten Wohnens
– Melderecht etc.	– Jugendhilfe	– Beratungsangebote etc.	– familiengerechte Ausgestaltung der kommunalen Infrastruktur
	– kommunale Leistungen nach dem SGB II etc.		– Kommunale Familienberichterstattung etc.

Eigene Zusammenstellung.

Der Schwerpunkt kommunaler Familienpolitik liegt in der Ausführung von Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungsbereich (Kinder- und Jugendhilfe, Grundsicherung, kommunale Leistungen nach dem SGB II etc.) und in der Bereitstellung Familien unterstützender sowie Familien ergänzender Angebote im Rahmen der pflichtigen Selbstverwaltungsangelegenheiten, welche vornehmlich Betreuungs- und Beratungsangebote (Kinderbetreuungsplätze, Erziehungsberatung) sind. Die Zuständigkeit konzentriert sich für diese Aufgabenbereiche in der Regel bei den Jugend- und Sozialämtern, was nicht zuletzt auf die rechtlichen Grundlagen (Sozial- und Jugendhilfegesetz) zurückzuführen ist.

Darüber hinaus besteht aber die Möglichkeit, aus eigenem Antrieb Maßnahmen zu ergreifen und nach eigenem Ermessen zu gestalten. Streng genommen kann erst mit der Wahrnehmung dieser freiwilligen Leistungen von aktiv gestaltender kommunaler Familienpolitik gesprochen werden.

Für viele Städte und Gemeinden stellt sich jedoch die Frage, welche Möglichkeiten sie überhaupt haben, um familienfreundliche Rahmenbedingungen vor Ort zu gestalten. Nach *Kaufmann* können über sozial- bzw. familienpolitische Interventionsformen vier Typen sozialpolitisch anzustrebender Wirkungen erreicht werden: die Verbesserung des rechtlichen Status, die Vermehrung verfügbarer Ressourcen, die Verbesserung der Gelegenheitsstrukturen und die Verbesserung der Handlungskompetenzen (*Kaufmann* 2005: 87f.).

*Tabelle 2:* Soziale Teilhabe und sozial- bzw. familienpolitische Interventionsformen

Dimensionen sozialer Teilhabe	Status	Ressourcen	Gelegenheiten	Kompetenzen
Sozial- und familienpolitische Güter	Rechtsansprüche	Geldleistungen	Infrastrukturelle Einrichtungen	Kompetenzen
Interventionsformen	rechtliche	ökonomische	ökologische	pädagogische

Eigene Zusammenstellung nach *Kaufmann* 2005.

Die Möglichkeiten kommunaler Familienpolitik konzentrieren sich derzeit auf ökologische Interventionen (Kinderbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten, Beratungsangebote, Frühwarnsysteme, Stadtteilkonzepte) und pädagogische Interventionen (Familienbildung, Gesundheitsprävention usw.). Zum Teil werden aber auch ökonomische Interventionsformen verfolgt, beispielsweise mit einem Familienpass oder der Bereitstellung kostengünstiger Bauflächen für Familien oder Baudarlehen. Die Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind aber sehr begrenzt und liegen faktisch ausschließlich in der Kompetenz des Bundes und der Länder, im Bereich der rechtlichen Interventionsform sogar ausschließlich. Vor dem Hintergrund hoher Kosten für die Bereiche kommunaler Pflichtaufgaben und der prekären Finanzlage der öffentlichen Haushalte in den meisten Städten und Gemeinden sind die faktischen Handlungsmöglichkeiten im Bereich freiwilliger familienpolitischer Leistungen heute recht begrenzt.

Auf der anderen Seite aber ist kommunale Familienpolitik nicht allein eine Frage der vorhandenen Mittel. Eine neuere Studie der *Bertelsmann Stiftung* (2008) zeigt, dass arme Städte (hier Gelsenkirchen) und wohlhabende Städte (hier Ulm) sich hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung ihrer örtlichen Familienpolitik nicht signifikant unterscheiden. Familienpolitisches Handeln der Kommunen ist immer auch eine Frage der politischen Prioritäten und entsprechend der Prioritäten bindet örtliche Familienpolitik in den Kom-

munen andere Akteure (Wirtschaft, Verbände, Zivilgesellschaft) wirkungsvoll mit ein. Unter der Bedingung knapper Mittel sind die Kommunen vermehrt Initiatoren, Motivatoren und Moderatoren familienpolitischer Aktivitäten unterschiedlicher Akteure. Dafür freilich müssen Strukturen geschaffen werden.

## 6. Themen und Handlungsansätze örtlicher Familienpolitik

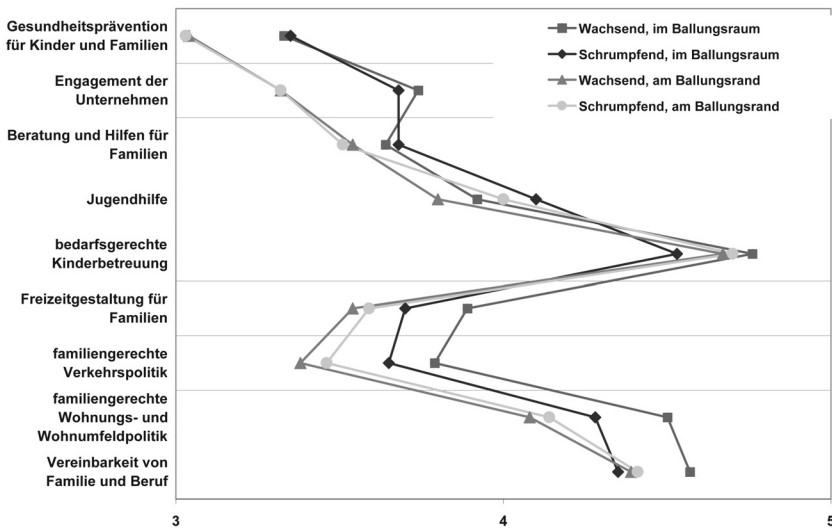
In unterschiedlichen sozialräumlichen Kontexten ein und derselben Stadt stehen unterschiedliche familienpolitische Themen im Vordergrund, die unterschiedliche Lösungen erfordern. In jeder Stadt gibt es Teilräume, in denen die in der bundespolitischen Diskussion im Vordergrund stehende Schwierigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eben nicht der bedeutendste Engpass in den Lebenslagen der Familien ist. Hier mögen Einkommensarmut, Bildungsarmut und Arbeitslosigkeit oder Probleme des Wohnumfeldes im Vordergrund stehen. Informationsinstrumente, wie der Familienatlas der Bundesregierung (*BMFSFJ 2007*), übersehen solche kleinräumigen Besonderheiten. Entsprechend gibt es bislang auf der kommunalen Ebene nur eine geringe Spezifizierung der familienpolitischen Aktivitäten. Deutlich wird dies z.B. anhand der Ergebnisse einer bundesweit repräsentativen Bürgermeisterbefragung in Städten mit 5.000 und mehr Einwohnern durch die Bertelsmannstiftung aus dem Jahr 2005 (vgl. *Bertelsmann Stiftung 2005*).

In der Befragung wurden die Städte gebeten, die Wichtigkeit von Aspekten einer modernen Familienpolitik auf einer Skala von 1 „weniger wichtig“ bis 5 „sehr wichtig“ zu bewerten (Abbildung 3). In die Auswertung sind Städte mit ausgesprochen differenzierten Ausgangslagen eingegangen. Wir vergleichen lediglich vier Städtetypen: schrumpfende und wachsende Städte im Ballungsraum sowie am Ballungsrand. Die Antwortmuster unterscheiden sich kaum. Es gibt keine Unterschiede in der Gewichtung zwischen schrumpfenden und wachsenden Städten und lediglich minimale Unterschiede in der Gewichtung zwischen Ballungsrand und Ballungskern. Die Antwortmuster folgen durchweg dem aktuellen bundesweiten familienpolitischen Konsens, der der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie dem Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung Priorität gibt. Andere Aspekte der Familienpolitik werden in ihrer Bedeutung niedriger gewichtet. Die Spezifika der Lebenslagen der Familien in den unterschiedlichen Städtetypen (eher Mittelschicht am Ballungsrand und Unterschicht im Ballungskern) kommen hier ebenso wenig zum Tragen wie die innerstädtischen Differenzierungen der Lebenslagen von Familien und die Segregationstendenzen in den Städten. Grenzüberschreitende Verflechtungen von Entwicklungsprozessen und sozialen Problemlagen in Ballungsräumen werden nicht als Problem wahrgenommen. Vielmehr greifen die Verantwortlichen in den Städten vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher örtlicher Herausforderungen überall zum gleichen Standardrepertoire familienpolitischer Intervention (wie in Abbildung 1 beschrieben).

Dieses Interventionsmodell wird getragen von der Hoffnung auf mehr Kinder in den Familien und will die Reduktion der hohen Kinderlosigkeit durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch einen erheblichen Ausbau der Kinderbetreuung erreichen. Diese starke Fokussierung der Familienpolitik, die gegenwärtig auf allen Politikebenen zu beobachten ist, konzentriert sich auf die Probleme der mittleren und oberen sozialen Schichten. Tatsächlich aber sind die Betreuungskennziffern im Ballungskern des Ruhrgebiets beispielsweise fast überall deutlich besser als im Umland, dennoch sind im

Revier die Geburtenzahlen und der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung deutlich niedriger als im Umland, wo die Versorgung mit Kindergartenplätzen vielfach deutlich schlechter ist (vgl. ausführlich *Strohmeier* 2008). Die deutschen Mittelschichtfamilien verlassen hier weiterhin den Ballungskern und ziehen vor allem wegen der Wohnumfeldqualität in das angrenzende Münsterland, wobei Engpässe in der Kinderbetreuung in Kauf genommen werden. Familiengerechtigkeit und eine „moderne“ Familienpolitik erschöpfen sich demnach nicht im Ausbau von Kinderbetreuung.

*Abbildung 3:* Wichtigkeit von Aspekten einer modernen Familienpolitik im Urteil deutscher Bürgermeister/innen (bundesweit)

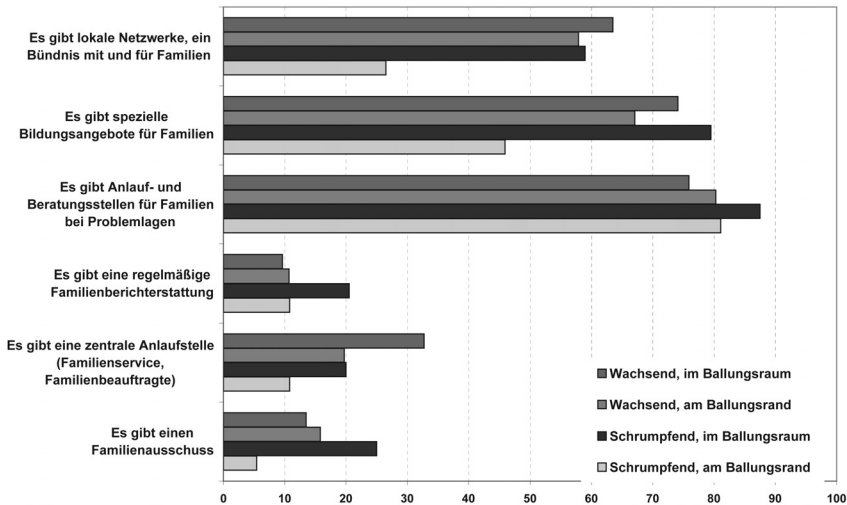


Mittelwerte: 1 weniger wichtig bis 5 sehr wichtig, nur Städte am Ballungsrand und in Ballungsraum. Um die nur geringen Unterschiede zwischen den betrachteten Städtegruppen sichtbar zu machen wurde nur die Skalenbreite von 3 bis 5 abgebildet.

Datenbasis: Bürgermeisterbefragung 2005 – Repräsentative schriftliche Befragung der Bertelsmannstiftung von Kommunen in Deutschland über 5.000 Einwohner.

Ebenso wie bei den Themen gibt es auch bei den existierenden kinder- und familienpolitischen Angeboten nur wenige signifikante Unterschiede zwischen den Städten (Abbildung 4). Nur schrumpfende Städte am Ballungsrand, die insgesamt ein deutlich niedrigeres Angebotsspektrum erkennen lassen, bilden eine Ausnahme. Von den Städten der drei anderen Städtegruppen werden am häufigsten Anlauf- und Beratungsstellen für Familien bei Problemlagen genannt, die zum Katalog der pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen gehören. Ein weiteres häufiges Aktivitätsfeld sind spezielle Bildungsangebote für Familien, die zum Teil ebenfalls zum Bereich der pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben gehören. Diese beiden Bereiche kann man als traditionelle Handlungsfelder kommunaler Familienpolitik einordnen.

Abbildung 4: Kinder- und familienpolitische Angebote in den Städten (bundesweit)



Nur Städte am Ballungsrand und im Ballungsraum.

Datenbasis: Bürgermeisterbefragung 2005 – Repräsentative schriftliche Befragung der Bertelsmannstiftung von Kommunen in Deutschland über 5.000 Einwohner.

Ein wichtiger Bestandteil örtlicher Familienpolitik, d.h. einer Familienpolitik, die über kommunale Aufgaben hinausgeht und bei der die Lokalität der Leistungserbringung im Vordergrund steht, sind lokale Netzwerke bzw. lokale Bündnisse für Familien. Diese haben sich sowohl in den wachsenden Städten als auch in den schrumpfenden Städten im Ballungsraum etabliert. Ausgesprochen selten findet man hingegen zentrale Anlaufstellen für Familien. Eine örtliche Familienberichterstattung ist (noch) die Ausnahme. Zuständigkeiten für Familie in Politik und Verwaltung („Familienausschuss“) sind weiterhin überwiegend über verschiedene Ressorts verteilt.

Obwohl es in immer mehr Städten und Gemeinden lokale Bündnisse für Familie gibt, sind deren Effektivität (über den bloßen PR-Effekt hinaus; vgl. *Strohmeier/Amonn/Wunderlich* 2005) und Nachhaltigkeit jedoch nach wie vor problematisch. Verbindliche Strukturveränderungen (in Form von zentralen Anlaufstellen für Familien in der Verwaltung oder politischen Zuständigkeiten in Form von Ausschüssen) bilden ebenfalls die Ausnahme. Die lokalen Bündnisse sind für viele Kommunen – in der Regel sind die kommunale Verwaltung und kommunale Politik die „Träger“ dieser Bündnisse – eine Möglichkeit, mit einem vergleichsweise geringen Aufwand eine große Außenwirkung zu erzielen, also zu signalisieren, dass das Thema Familie ernst genommen wird. Strukturelle Veränderungen hingegen, die direkt in den Familienalltag wirken bzw. die seine Rahmenbedingungen effektiv beeinflussen, sind demgegenüber deutlich aufwändiger und kostenintensiver.



## 7. Örtliche Familienpolitik als prozessorientierte Querschnittsaufgabe

Bisher haben wir skizziert, dass es sich bei Familienpolitik um ein Politikfeld handelt, das aus sachlichen Gründen auf der lokalen Ebene ansetzen muss. Darüber hinaus haben wir gezeigt, dass es sich um eine Politik handelt, die komplexe (und schwierig vorhersehbare) Wirkungszusammenhänge berücksichtigen muss und die zudem durch zersplitterte vertikale (Bund, Länder, Kommunen) und horizontale (Dezernate, Ämter) Zuständigkeiten geprägt ist. Was können vor diesem Hintergrund Eckpunkte einer nachhaltigen Familienpolitik „vor Ort“ sein?

### Die eine Familienpolitik für alle Familien gibt es nicht!

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist, dass Familienpolitik im regionalen und im kleinräumigen Vergleich unterschiedliche Ziele setzen und zu unterschiedlichen Mitteln greifen muss. Die Variationen der Bevölkerungs- und Familienstrukturen zwischen den Teilräumen einer Kommune ist oft größer als die Unterschiede zwischen den Kommunen eines Bundeslandes, wie die Ergebnisse unserer Familienberichterstattung mit zahlreichen Kommunen in NRW zeigen (*Schultz/Wunderlich* 2008). In den Städten gibt es „alte“ und „junge“ Viertel. Es gibt in jeder Stadt Räume, in denen mehr Nichtdeutsche leben, als in anderen. Es gibt Räume, die stärker „familiengeprägt“ sind, darunter solche, die durch eine Häufung bestimmter Familienformen (Alleinerziehende, Kinderreiche) auffallen. Und es gibt Gebiete, die von Ein-Personen-Haushalten geprägt sind. In unterschiedlichen Gemeinden eines Kreises oder in verschiedenen Stadtteilen einer Stadt finden wir unterschiedliche Anteile und Formen von Familien mit unterschiedlichen Unterstützungsbedarfen.

Ein einheitliches und allgemeingültiges „Themen-Raster“ für Familienfreundlichkeit und Familienpolitik ist angesichts dieser Vielfalt absurd. Tatsächlich müssen in unterschiedlichen Typen von Regionen und Kommunen – abweichend vom Standardproblemerkatalog – unterschiedliche Herausforderungen und Randbedingungen der Familien identifiziert und spezifisch „bearbeitet“ werden. Eine Familienpolitik „von der Stange“ verfehlt immer die Bedürfnisse eines großen Teils der Familien. Familienpolitik im ländlichen Münsterland oder im ländlichen Mecklenburg-Vorpommern muss andere Themen (bzw. die gleichen Themen anders) angehen als Familienpolitik in Großstädten wie Frankfurt oder Bremen bzw. in Ballungszentren wie dem Ruhrgebiet. Die Familien in den mittelschichtgeprägten Stadtteilen jeder der genannten Städte haben andere Unterstützungsbedarfe als Familien in den „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ in den gleichen Städten.

### Örtliche Familienpolitik benötigt Wissen über die Familien vor Ort

Die genaue Kenntnis der Lage der Familien in den Kommunen, über Angebote und Kapazitäten familienorientierter Dienste und Leistungen sowie über familienpolitische Handlungsbedarfe, sollte die Grundlage familienpolitischer Aktivitäten in den Kommunen sein. Familienpolitik ohne solches Wissen über die Familien und um die konkreten

Herausforderungen der Familien vor Ort gleicht einem Blindflug und ist bei knappen Mitteln eine extrem ineffiziente Strategie. Eine nachhaltige und passgenaue örtliche Familienpolitik wird sich konsequenterweise an den (kleinräumigen) Differenzierungen der Lebenslagen von Familie orientieren müssen. Voraussetzung solch spezifischen Handelns ist die Einführung einer kommunalen Familienberichterstattung. Nach unseren Erfahrungen liefern solche Berichtssysteme in den Kommunen nicht nur Wissen als Grundlage familienpolitischen Handelns. Darüber hinaus kann eine nach bestimmten Kriterien systematisch ausgerichtete Familienberichterstattung zudem einen wichtigen Beitrag zur (Neu-)Strukturierung örtlicher und kommunaler Sozial- und Familienpolitik leisten (*Wunderlich* 2007). Die Inhalte der Berichterstattung können zudem Gegenstand wirkungsvoller Bürgerbeteiligung sein.

### Örtliche Familienpolitik gründet sich auf breite Akteursbündnisse

Eng definiert ist „kommunale Familienpolitik“ Familienpolitik für Familien in der Zuständigkeit der Kommune. Neben Politik und Verwaltung gibt es in den Gemeinden weitere Akteure, die für die Ausgestaltung familienpolitischer Aktivitäten wichtig sind: Unternehmen, Vereine und Verbände, Kirchen, Gewerkschaften, Wohnungsunternehmen sowie andere Akteure haben (aus unterschiedlichen Gründen) ein Interesse daran, dass Familien ihren Alltag möglichst so gestalten können, dass sie die von der Gesellschaft von ihnen erwarteten Leistungen (in erster Linie die Produktion des Humanvermögens) erbringen. Diese Akteure gilt es einzubinden. Für die Familien ist es nicht wichtig, *wer* ihnen Unterstützung anbietet, sondern *dass* und *wie* sie unterstützt werden. Entscheidend ist der Ort der Leistungserbringung, also Stadt oder Gemeinde, und nicht der Leistungserbringer. Nur durch die Integration von Angeboten aller familienpolitisch gestaltungsmächtigen Akteure vor Ort lassen sich die vorhandenen Potenziale effizient und effektiv nutzen. Kommunen sind in diesem Prozess in erster Linie als Initiatoren und Moderatoren gefragt. Zum einen hat die Kommunalverwaltung den besten Überblick über familienpolitisch relevante Akteure und sie hat „Zugänge“ zu allen Akteuren. Darüber hinaus dürfte die Kommune das größte Interesse an einem funktionierenden Netzwerk familienpolitischer Akteure haben, denn in letzter Instanz dürften sich die Erwartungen der Familien immer an die Kommune richten.

Unsere Erfahrungen im Feld örtlicher Familienpolitik haben gezeigt, dass ein Funktionieren solcher Angebotnetzwerke vor Ort davon abhängt, wie die Kommunen ihre Moderatorenrolle wahrnehmen. Interpretiert eine Kommune ihre Rolle zu defensiv und bietet keine verbindlichen Strukturen (siehe unten) und/oder stellt den anderen beteiligten Akteuren zu wenig Ressourcen zur Verfügung, läuft das kommunale Netzwerk Gefahr, sich zu verlaufen, insbesondere wenn es keine sichtbaren Erfolge der Kooperation im Rahmen dieses Netzwerkes gibt. Interpretiert die Kommune dagegen ihre Rolle als Moderator zu offensiv und sehen sich die Akteure außerhalb der Verwaltung eher als Erfüllungsgehilfen kommunal vorgegebener Strategien und Konzepte, so ziehen sich die anderen Akteure recht schnell zurück und beenden ihre Arbeit bzw. arbeiten im günstigsten Fall an „eigenen“ Projekten, die in eine Gesamtstrategie einzubinden dann jedoch besonders schwierig ist. Erfahrungen im Bereich der vom Bundesministerium geförderten „Lokalen Bündnisse für Familie“ zeigen, dass die Bündnisse besonders erfolgreich sind, in denen die Kommune einerseits keine zu exponierte Rolle spielt und tatsächlich stärker

moderierend aktiv ist, und in denen es andererseits verbindliche Formen der Mitwirkung der anderen beteiligten Akteure gibt, in denen „Nachhaltigkeit durch Zuständigkeit“ geschaffen wird (Strohmeier/Amonn/Wunderlich 2005).

## Örtliche Familienpolitik braucht Integration und klare und verlässliche Strukturen

Ein auf Nachhaltigkeit orientierter Rahmen bzw. die strukturelle Verankerung örtlicher Familienpolitik erfordert, dass Familienpolitik und familienpolitische bzw. familienrelevante Maßnahmen *nicht nur* als *explizite* Politik, d.h. von den Intentionen her, gesehen werden. Das erfordert auch eine Problematisierung und Reflexion *impliziter* Familienpolitik, das heißt der Wirkungen anderer, nicht explizit auf Familie gerichteter Politikbereiche auf die Lebenslagen der Familien. Für „Familienfragen“ sind auf der kommunalen Ebene leicht drei oder vier Ratsausschüsse und fünf oder mehr Ämter zuständig. Deshalb gilt es, Transparenz im Hinblick auf die unterschiedlichen Akteure, ihre Aktivitäten und Strategien sowie über erwünschte und unerwünschte Effekte herzustellen.

Ob Familien ihre Gemeinde als familienfreundlich wahrnehmen, hängt nicht von einzelnen Aktivitäten der Kommune oder der anderen relevanten Akteure ab, sondern wird dadurch beeinflusst, ob und wie die einzelnen Teilleistungen der unterschiedlichen Dezernate und Ämter miteinander verknüpft werden. Hier greifen Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis sowie pflichtige (und ggf. freiwillige) Selbstverwaltungsangelegenheiten eng ineinander. Erst die Verknüpfung der in den einzelnen Verwaltungsdienststellen (und von privaten Akteuren) isoliert erbrachten Teilleistungen ergibt das für die Familien relevante „Produkt“ Familienfreundlichkeit (vgl. Naßmacher/Naßmacher 2007). Die Integration von Verwaltungshandeln ist notwendig, weil auf der einen Seite für die Politik und in der Wahrnehmung der Bürger das Gesamtprodukt „Familienfreundlichkeit“ entscheidend ist (output-Orientierung), in der Verwaltung aber immer noch eher der sektoralisierte Aufgabenvollzug in einzelnen Verwaltungseinheiten im Vordergrund steht (ebd.).

Insofern gilt es auch die anhand der Ausübung freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben weiter oben angeführte Definition von kommunaler Familienpolitik zu erweitern. Aus unserer Sicht stellen Abstimmung und Verknüpfung der einzelnen Teilleistungen der Verwaltung bereits ein entscheidendes und wirkungsvolles Element kommunaler Familienpolitik dar. Denn erst eine solche Verknüpfung generiert Rahmenbedingungen für die Familien in der Gemeinde, die ihnen erleichtert, ihren Alltag unter möglichst wenigen Belastungen zu organisieren.

Eine Möglichkeit der Verknüpfung innerhalb der Verwaltung ist beispielsweise die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle (Koordinierung nach innen), die idealerweise darüber hinaus möglichst auch als zentrale Anlaufstelle für Familien und als Vermittlungsstelle zur Politik (Koordinierung nach außen) fungiert. Ansätze solcher Strukturen können – so zeigen unsere Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunen – äußerst wirkungsvoll sein, wobei die Wirkungskraft mit dem Bekenntnis der Entscheidungsträger in Verwaltung (Dezernenten, kommunale Spitzen) und Politik (Fraktions- und Parteivorsitzende) steht und fällt. Ohne ein eindeutiges und über den Wahlkampf hinausgehendes verlässliches Eintreten der Schlüsselpersonen in Politik und Verwaltung für das Thema Familienpolitik haben engagierte „Überzeugungstäter“ in den

mittleren Verwaltungsebenen und die Ausführenden im Verwaltungsvollzug kaum eine Chance, tatsächlich etwas für Familien zu bewegen. Wichtig ist es, dass es einen inhaltlich eindeutigen Auftrag gibt, der allgemeine „Verfahrensregeln“ festlegt und den handelnden Akteuren zudem eindeutige Kompetenzen zuschreibt. Die unterschiedlichen kommunalen Fallbeispiele, die wir in unserer Studie mit der *Bertelsmann Stiftung* (2008) vorgestellt haben, belegen eindrücklich, dass es nicht die wirtschaftlichen Handlungsspielräume der Kommunen sind, von denen Ausmaß und Qualität ihres familienpolitischen Handelns abhängen, sondern dass der Wille der Politik, etwas zu verändern, entscheidend ist. In den Kommunen in NRW, mit denen wir eine kommunale Familienberichterstattung durchgeführt haben, war es nicht der Familienbericht, der die örtliche Politik in Bewegung gebracht hat, sondern es war die Politik, die den Bericht nutzen wollte, um ihrer Bewegung eine Richtung zu geben.

Das Ziel einer als Querschnittspolitik verstandenen Familienpolitik sind daher integrierte Handlungsansätze, die bislang isoliert betriebene Felder wie Sozial- und Integrationspolitik verbinden, denn es geht in vielen Bereichen um dieselben Personen, und die kleinräumige Differenzierungen innerhalb der Kommunen berücksichtigt, denn wir reden eigentlich immer über dieselben Stadtteile. Wichtig für ein solches integriertes Verständnis örtlicher Familienpolitik ist es, die Stadtentwicklung oder die Wirtschaftsförderung zu gewinnen, für die im Rahmen der klassischen Ressortzuständigkeiten in den Kommunen das Thema Familie bisher keine oder nur eine randständige Rolle gespielt hat. Nur so kann sichergestellt werden, dass explizite und implizite Politiken integriert werden.

## Örtliche Familienpolitik muss als beteiligungsorientierter Prozess angelegt sein

Nationale Familienpolitiken werden lokal implementiert und erlebt. In den Städten, Gemeinden und Stadtteilen werden Wirkungen bzw. die Wirkungslosigkeit von Familienpolitik des Bundes und der Länder erfahrbar. Kinderarmut, die durch die Leistungsgesetze des Bundes nicht verhindert wird, prägt ganze Stadtteile. Darüber hinaus sind die Kommunen selbst familienpolitische Akteure (vgl. Abschnitt 4). Hier entscheidet sich, ob und welche strukturellen Rücksichtslosigkeiten Familien im Alltag erfahren und welche Unterstützungsangebote sie brauchen. Die Entscheidungen der nachwachsenden Generation, sich für oder gegen ein Leben mit Kindern zu entscheiden, fallen in der Wahrnehmung des Familienlebens vor Ort.

Die Rahmenbedingungen, die „Politikprofile“ für das Familienleben setzen, werden von den Menschen als relativ stabil wahrgenommen. Kurzfristige Erfolge durch ein Umsteuern der Politik (in Abbildung 1: mehr Kinder durch eine „moderne“ Familienpolitik) sind daher kaum zu erwarten. Menschen brauchen Zeit, um den (veränderten) Bedingungen ihrer Entscheidungs- und Handlungsumwelt zu vertrauen. Erst wenn sie dieses Vertrauen haben, beispielsweise in bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (durch familienfreundliche Arbeitszeiten und eine verbesserte Kinderbetreuung), ändern sie auch ihr Verhalten (und bekommen möglicherweise mehr Kinder, da sich Familienleben und die Ausübung einer Berufstätigkeit nicht mehr widersprechen).

Für die Gestaltung örtlicher Familienpolitik und ihre politischen Akteure bedeutet dies, zu akzeptieren, dass kurzfristige und sich an Wahlperioden haltende Wirkungen kaum zu erzielen sind. Die Anhebung der Geburtenzahlen bis zur nächsten Kommunal-

wahl ist kein politisches Ziel, dass ein Bürgermeister erreichen könnte. Familienförderung wird für die kommunale Politik damit ein Feld, in dem sich „gelingende“ Maßnahmen nicht kurzfristig in Wählerstimmen ummünzen lassen. Hierin liegt eine große Herausforderung: Eine nachhaltige Veränderungen der Rahmenbedingungen für das Familienleben und der Abbau von strukturellen Rücksichtslosigkeiten gegenüber Familien ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die einen langen Atem verlangt, weil ihre Erfolge erst langfristig eintreten werden. Es ist, wie jede Querschnittspolitik, eine undankbare Aufgabe, denn weder der Erfolg, noch das Scheitern sind eindeutig zurechenbar. Einzelne Projekte oder der Aktionismus einmaliger Aktionen bringen nichts. Örtliche Familienpolitik ist ein Prozess, in dem einzelne Projekte unterschiedlicher Akteure in eine *ganzheitliche Strategie* eingebunden werden.

Diese Akteure sind nicht nur organisierte Akteure. Vielmehr ist es erforderlich, nicht nur Politik *für* Familien zu machen, sondern auch Politik *mit* Familien. Durch eine kontinuierliche Beteiligung von Familien und in einem kontinuierlichen Abgleichen von sich im Zeitverlauf verändernden Bedarfen mit den vorhandenen Angeboten ist es möglich, passgenaue Lösungen zu finden.

Örtliche Familienpolitik im hier beschriebenen Sinne einer Neuorientierung von Verwaltungshandeln und einer Integration familienrelevanten Handelns von Verwaltung, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, ist eine Aufgabe „auf Dauer“. Zur Orientierung einer solchen gesellschaftlichen Aufgabe, die in den Kommunen angegangen werden muss, taugt das neue Wirkungsmodell der Bundespolitik (Abbildung 1) nicht. Wirkungsvolle Familienpolitik (auf allen Ebenen) kann mehr erreichen und sollte mehr erreichen wollen als „mehr Kinder“.

## Literatur

- Achinger, Hans*, 1958: Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat. Hamburg: Rowohlt.
- Bertelsmannstiftung* (Hrsg.), 2005: Aktion Demographischer Wandel. Kommunen und Regionen im Demographischen Wandel – Bürgermeisterbefragung 2005. Gütersloh: Verlag Stiftung.
- Bertelsmannstiftung* (Hrsg.), 2008: Demographie konkret – Soziale Segregation in deutschen Großstädten. Daten und Handlungskonzepte für eine integrative Stadtpolitik, Gütersloh: Verlag Stiftung.
- Bertram, Hans*, 2009: Zeit, Geld und Infrastruktur als Strategie nachhaltiger Familienpolitik – Eine europäische Perspektive, in: *von der Leyen, Ursula/Špidla, Vladimír* (Hrsg.), Voneinander lernen – miteinander handeln. Aufgaben und Perspektiven der Europäischen Allianz für Familien, Baden-Baden, S. 127-141.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)*, 2009: Familienreport 2009. Leistungen, Wirkungen, Trends. Online unter: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/familienreport.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>. Stand: 16.03.09.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)*, 2007: Familienatlas 2007. Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder, Prognos GmbH.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Hrsg.), 1994: Fünfter Familienbericht. Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland. Zukunft des Humanvermögens, Bonn: Bundestags-Drucksache, Nr. 12/7560.
- Fux, Beate*, 2002: Which Models of the Family are Encouraged or Discouraged by Different Family Policies? in: *Kaufmann, Franz-Xaver/Kuijsten, Anton C./Schulze, Hans-Joachim/Strohmeier, Klaus Peter* (Hrsg.), Family Life and Family Policies in Europe, Vol. II, Problems and Issues in Comparative Perspective, Oxford: Oxford University Press, S 367-422.

- Gauthier, Anne H.*, 1996: *The State and the Family. A Comparative Analysis of Family Policies in Industrialized Countries*, Oxford: Clarendon.
- Huinink, Johannes*, 1997: Elternschaft in der modernen Gesellschaft, in: *Gabriel, K.; Herlth, A./Strohmeier, K.P.* (Hrsg.), *Modernität und Solidarität*, Freiburg im Breisgau: Verlag Herder, S. 79-90.
- Kaufmann, Franz-Xaver*, 1997: Herausforderung des Sozialstaats. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver*, 2005: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.
- Krüger, Helga*, 2006: Geschlechterrollen im Wandel – Modernisierung der Familienpolitik, in: *Bertram, Hans/Krüger, Helga/Spieß, C. Katharina* (Hrsg.), *Wem gehört die Familie der Zukunft?* Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 191-206.
- Kuijsten, Anton C./Schulze, Hans-Joachim*, 1997: The Netherlands: the Latent Family, in: *Kaufmann, Franz-Xaver/Kuijsten, Anton C./Schulze, Hans-Joachim/Strohmeier, Klaus Peter* (Hrsg.), *Family Life and Family Policies in Europe. Volume 1. Structures and Trends in the 1980s*, Oxford: Clarendon Press, S. 253-301.
- Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen*, 2005: Familienforschung für die Familienpolitik. Wandel der Familie und sozialer Wandel als politische Herausforderung, Expertise.
- Naßmacher, Hiltrud/Naßmacher, Karl-Heinz*, 2007: Kommunalpolitik in Deutschland, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaft.
- Schultz, Annett/Wunderlich, Holger*, 2008: Familienberichterstattung mit dem Familienatlas. Genauer hinschauen lohnt sich / Lebensbedingungen von Familien in Oberhausen, Mülheim, Siegen-Wittgenstein. Zur konkreten Kritik am Familienatlas, in: *Verband Deutscher Städtestatistiker* (Hrsg.), *Stadtforschung und Statistik*, Hagen: Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, 2, S. 65-72.
- Strohmeier, Klaus Peter*, 2002: Family Policy - How does it work? in: *Kaufmann, Franz-Xaver/Kuijsten, Anton C./Schulze, Hans-Joachim/Strohmeier, Klaus Peter* (Hrsg.), *Family Life and Family Policies in Europe, Volume 2, Problems and Issues in Comparative Perspective*, Oxford: Oxford University Press.
- Strohmeier, Klaus Peter/Schultz, Annett/Wunderlich, Holger*, 2009: Familien im industriellen Ballungsraum – Lebensformen, Lebenslagen und stadträumliche Differenzierungen im Ruhrgebiet, in: *von der Leyen, Ursula/Špidla, Vladimír* (Hrsg.), *Voneinander lernen – miteinander handeln. Aufgaben und Perspektiven der Europäischen Allianz für Familien*, Baden-Baden.
- Strohmeier, Klaus Peter*, 2009: „Stichwort: Familienpolitik“, in: *Andersen, U./Woyke, W.* (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 204-207.
- Strohmeier, Klaus Peter*, 2008: Familie und Familienpolitik in Europa, in: *N. F. Schneider* (Hrsg.), *Lehrbuch Moderne Familiensoziologie*, UTB Soziologie, Opladen/ Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 237-252.
- Strohmeier, Klaus Peter/Amonn, Jan/Kersting, Volker*, 2008: Schritte zu einer kleinräumigen Gesundheitsberichterstattung für Nordrhein-Westfalen, Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit, Düsseldorf: LIGA-Fokus Band 1.
- Strohmeier, Klaus Peter*, 2007: Familien heute – Gesellschaft im Wandel, in: *Der Städtetag*, 60, S. 10-13.
- Strohmeier, Klaus Peter/Alic, Safet*, 2006: Segregation in den Städten, in: *Friedrich-Ebert-Stiftung* (Hrsg.): *Gesprächskreis Migration und Integration*, Bonn.
- Strohmeier, Klaus Peter/Amonn, Jan/Wunderlich, Holger*, 2005: Lokale Bündnisse für Familien und die örtliche Familienpolitik, in: *Lokale Bündnisse für Familie – Stationen, Erfolge, Impulse. Innovation in Deutschland*, Berlin, S. 88-101.
- Terpoorten, Tobias*, 2007: Bildung ist kleinräumig - Analyse amtlicher Schuldaten im Ruhrgebiet, in: *Verband Deutscher Städtestatistiker* (Hrsg.), *Stadtforschung und Statistik*, Hagen: Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, 1/2007, S. 60-66.
- Wunderlich, Holger*, 2007: Kommunale Familienberichterstattung in Theorie und Praxis – Eine Bestandsaufnahme, in: *Theorie und Praxis der sozialen Arbeit*, 4, S. 4-11.

*Anschriften der Autoren:*

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaft, Lehrstuhl für Soziologie / Stadt und Region, Familie, Universitätsstr. 150, 44780 Bochum

E-Mail: peter.strohmeier@ruhr-uni-bochum.de.

Dipl.-Soz. Annett Schultz, Faktor Familie GmbH, Lokale Familienforschung und Familienpolitik, im Lottental 38, 44801 Bochum

E-Mail: annett.schultz@faktor-familie.de.

Dipl.-Soz.Wiss. Holger Wunderlich, Faktor Familie GmbH, Lokale Familienforschung und Familienpolitik, im Lottental 38, 44801 Bochum

E-Mail: holger.wunderlich@faktor-familie.de.